

U, *s&* V*5

OHC^P politik entscheidet den 24

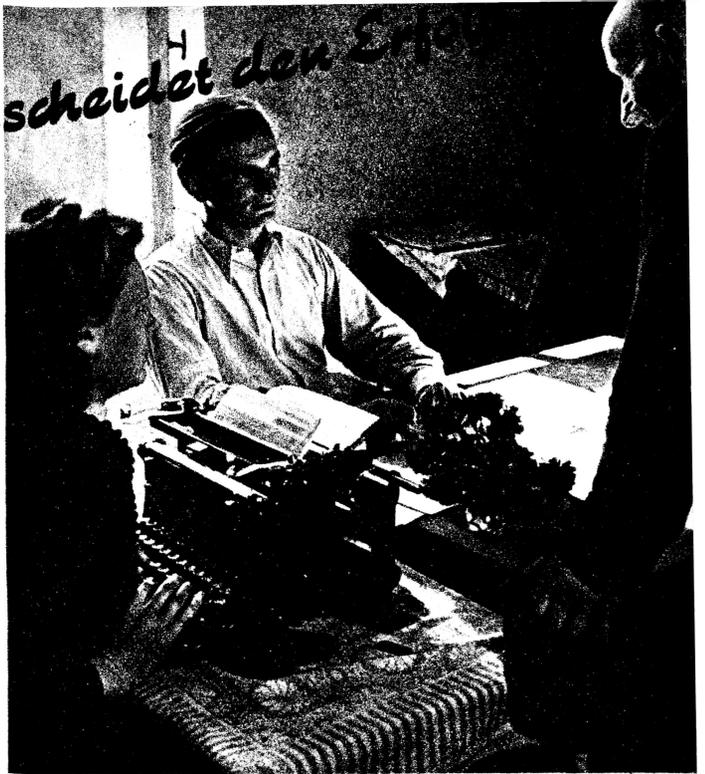
Die Beschlüsse des II. Parteitag zeigen uns, daß unsere Par-
 or el er Zuckeffen Fälle der wichtigsten Probleme auf
 S Jha r sämtlichen Gebieten des öffentlichen Lebens steht. Wenn die
 Lösung des Manifestes des II. «Parteitag an das deutsche Volk
 lautet: „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besteben“,
 wird dann C1as SchwerGewicht der Personalpolitik in die Wirt-
 schaft in die Landwirtschaft und in die Verwaltung verlagert.
 Diese Tatsache wird noch durch den außergewöhnlich wichtigen
 Befehl 234 der Sowjetischen Militär-Administration (SMA)
 unterstrichen.

Die Personalpolitischen Abteilungen der Landesvorstände und
 der Kreisvorstände haben vor allem ihr Augenmerk auf die Ge-
 nossen zu richten, die in der Wirtschaft als Produktionsstätte
 oder in der Regierung und Verwaltung als Administrations- und
 Verteilungszentren beschäftigt sind.

In jeder Betriebsgruppenleitung muß ein Genosse eingesetzt
 werden, der sich lediglich mit der Personalpolitik befaßt, ganz
 gleich, ob es sich um volkseigene Betriebe, um Sowjet-AG oder
 um Privatbetriebe handelt. Sein Aufgabenkreis ist groß und ver-
 antwortungsvoll. Er soll dafür sorgen, daß eine qualitative Über-
 prüfung der Betriebsgruppenleitungen vorgenommen wird, daß
 fähige Genossen des Betriebes aufgespürt, entwickelt und weiter
 gefördert werden. Er muß diejenigen Genossinnen nennen könn-
 en, die fähig sind, die Arbeiterinnen-Kommissionen ins Leben
 zu rufen, damit tatsächlich alle Probleme der arbeitenden Frauen
 im Betrieb gründlich durchdiskutiert und notwendige Maßnahmen
 ergriffen werden. Er soll auf die Parteigenossen achten, die in
 der Betriebsleitung oder im FDGB oder einer anderen Institution
 an verantwortlicher Stelle arbeiten. Dieser Genosse soll auch die
 Kandidaten für die neu zu schaffenden Betriebsparteischulen
 vorschlagen und nach dem Kursus dafür sorgen, daß sie das Ge-
 lernte zweckentsprechend anwenden können; er muß ihre Ent-
 wicklung verfolgen und die fähigen Kursanten fördern. Er kann
 diese Arbeit nur in enger, harmonischer Zusammenarbeit mit
 dem Organisationsleiter und dem Genossen für Parteischulung
 durchführen. Es ist auch seine Aufgabe, mit den Genossen im
 FDGB und im Betriebsrat dafür zu sorgen, daß die besten Re-
 ferenten Kurse über Planungsarbeit, über Kalkulation, über Buch-
 haltung, über das innerbetriebliche Abrechnungswesen, Lehr-
 gänge über Maschinenbaukunde, Elektrotechnik, Materialkunde,
 Werkzeugkunde usw. abhalten. Nur so können wir vermeiden,
 daß die Rechte der Werktätigen in den Betrieben — nämlich
 verantwortungsbewußt und gestaltend an der Produktion mit-
 zuwirken — nicht bloß auf dem Papier stehenbleiben.

Als Referenten für die fachliche Ausbildung können auch
 politisch unbelastete, parteilose Fachleute herangezogen werden.
 Die Kurse müssen in zwei Zielrichtungen gehen, und zwar ein-
 mal, um den Genossen, die zu Spezialisten herangebildet wer-
 den sollen — sei es als Maschinenbauer, Bilanzbuchhalter usw.
 —, Spezialkenntnisse zu vermitteln; die andere Art der Kurse
 soll lediglich die Grundelemente kaufmännischer und technischer
 Fragen umfassen und so das vorhandene Wissen auf diesem Ge-
 biet vertiefen, um den Betriebsräten beispielsweise die Produk-
 tionskontrolle im Betriebe zu erleichtern, sie also mit dem Rüst-
 zeug für die Mitarbeit in den Produktionsausschüssen zu ver-
 sehen. Es ist ferner nötig, aus dem großen Sammelbecken der
 parteilosen Betriebsräte die fortschrittlichsten herauszufinden, sie
 an orts heranzuziehen und ihnen unsere Förderung zuteil wer-
 den zu lassen. Hier ist noch viel Neuland auf dem personalpoli-
 tischen Gebiet zu beackern.

Neben der Steigerung der Produktion in der Wirtschaft
 streben wir die Intensivierung der Landwirtschaft an. Auch hier
 gilt es, unter den Alt- und Neubauern die fähigen Genossen und
 die dem Neuen weitest aufgeschlossenen Bauern zu mobilisieren.
 Referenten ohne Kenntnisse der landwirtschaftlichen Probleme



Werner Nowack (Mitte) dürfte der jüngste Bürgermeister sein. Er kam aus d
 Freien Deutschen Jugend (FDJ) und leitet jetzt die Geschicke des Ort
 Falkenberg bei Berlin. Nowack beweist den hämischen Kritikern der rückschl
 liehen Presse zum Trotz, daß ein ehrwürdiger Vollbart keine Voraussetzung I
 einen tüchtigen und beliebten Bürgermeister ist. Da er sich schon seit zw
 Jahren als Gemeindegemeinsekretär verdient gemacht hatte, haben die 319 Bewohn
 N. vor wenigen Monaten einstimmig zu ihrem Gemeindeoberhaupt gewäk
 Falkenberg hat als erste Gemeinde des Kreises das Getreide-Ablieferungs-S
 100prozentig erfüllt. Stärkste Fürsorge gilt den Umsiedlern. „Bei uns gibt
 keine Umsiedler mehr, nur Falkenberger“, sagt N. Alle haben Wohnraum ui
 Bauernland oder andere Arbeit. FDJ und VdgB schlagen und schaffen kostenl
 Brennholz herbei, Heimkehrer erhalten zwei Wochen lang täglich einen Lit
 Vollmilch und zusätzliche Nahrungsmittel — alles durch die Initiative des jung
 Bürgermeisters. Ihn trägt das volle Vertrauen sämtlicher Einwohner. (Aufn. Cor

sind fehl am Platz und sollen besser nicht auf Bauernversamm-
 lungen geschickt werden. Auch sollten sich die personalpoliti-
 schen Bearbeiter der Kreis- und Landesvorstände in Zukunft
 sehr eingehend mit der personellen Besetzung der wichtigen
 Maschinen- und Geräteausleihstationen beschäftigen, um auch
 hier helfend und fördernd einzugreifen. Sie müssen sich um die
 hier arbeitenden Monteure, Mechaniker, Traktorenführer usw.
 kümmern. Durch Weiterbildung sowohl auf fachlichem als auch
 auf politischem Gebiet, durch Abhaltung von Lehrgängen der
 verschiedensten Art kann eine Intensivierung der Arbeit erreicht
 werden. Die Organisierung dieser Kurse ist Aufgabe der VdgB.
 Nur auf diese Weise können wir eine Demokratisierung des Dor-
 fes fördern.

Nicht nur in den Betrieben, sondern auch in den Betriebs-
 gruppen der Verwaltungen sind solche personalpolitischen Be-
 arbeiter unbedingt nötig. Viele Genossen sind nach Zerschlagung
 des alten Staatsapparates in Positionen hineingekommen, die sie
 zwar bis heute recht und schlecht ausfüllen, in denen sie jedoch
 wenig Initiative entwickeln und dabei langsam aber sicher in
 Gefahr geraten, zu verknöcherten Bürokraten zu werden. Wir
 haben das altpreußische Berufsbeamtentum nicht abgeschafft, um
 ein Beamtentum anderer Prägung an seine Stelle zu setzen! Man
 denkt schon wieder viel zu viel in Berufsjahren und Besoldungs-
 gruppen! Diejenigen, die sich in einer Verwaltungsfunktion nicht
 bewährt haben, müssen ohne jedwede Sentimentalität ent-
 fernt werden. Den rechten Ersatz zu finden, ist Aufgabe der
 personalpolitischen Obleute in den Betriebsgruppen/ ist Aufgabe
 der zuständigen Referenten der Personalpolitischen Abteilungen
 in den Kreis- und Landesvorständen.

Ein Gebiet in unserem Arbeitsbereich ist bisher sehr vernach-
 lässigt worden. Das ist die systematische Erfassung und Heran-
 bildung des Nachwuchses. Genosse Otto Grotewohl prägte an-
 läßlich der Eröffnungsfeier für den Zweijahres-Lehrgang auf der
 „Parteihochschule Karl Marx“ den Satz: „Eine Partei ohne Nach-